



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

---

Es informiert Sie:	Anja Kirches
Telefon:	02104/99-2260
Fax:	02104/99-842260
E-Mail:	anja.kirches@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 30.11.2017

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Montag, den 20.11.2017, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Klaus Rohde

#### **Mitglieder**

Dirk Brixius

Elisabeth Cordts

(bis 17.00 Uhr)

Wolfgang Diedrich

Bernd Falkenau

Gabriele Hruschka

Jörg Koch

Regina Küchler

Nils Lessing

Gerd Lungen

Marianne Münnich

Reinhard Ockel

Martina Reuter

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Andreas Seidler

Margret Stolz

Elke Thiele

#### **Verwaltung**

Antje Arnolds

Lothar Breitsprecher

Bettina Ex

Ulrike Haase

Peter Herz  
Judith Hinrichs  
Daniela Hitzemann  
Anja Kirches  
Melina Korb  
Simone Kraschinski  
Dr. Rudolf Lange  
Ralf Mülders  
Lisa Remus  
Frank Schäfer  
Martin Stumpf  
Katja Thürling-Patzke  
Laura Wachsmann  
Luca Weidmann

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
  - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.09.2017
3. Informationen der Verwaltung
4. Haushalt 2018 20/035/2017
5. Landesinitiative Starke Seelen  
"Seelische Gesundheit für Kinder und Jugendliche im Kreis Mettmann" - Ein Projekt - und dann? 53/006/2017
6. Nachträge
  - 6.1. Aufklärung Beförderungsangebot für Menschen mit Behinderung des Kreises Mettmann 57/008/2017  
- hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 13.11.2017
  - 6.2. Änderung der Richtlinien für den Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung des Kreises Mettmann 57/009/2017  
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 13.11.2017

## Nicht öffentlicher Teil

7. Informationen der Verwaltung
8. Nachträge

## Öffentlicher Teil

<b>Zu Punkt 1:      Formalien</b>
-----------------------------------

Herr Rohde eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Es folgt die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit.

Frau Rotert wird von Herrn Ockel, Herr Schreier von Herrn Diedrich und Frau Klaus von Herrn Brixius vertreten.

Herr Rohde weist darauf hin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil fristgerecht um die Punkte

- 6.1      Aufklärung Beförderungsangebot für Menschen mit Behinderung des Kreises Mettmann  
- hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 13.11.2017
- 6.2      Änderung der Richtlinien für den Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung  
des Kreises Mettmann  
- hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 13.11.2017

erweitert wurde.

Da das Ergebnis der Beratungen zu Tagesordnungspunkt 6.2 Auswirkungen auf den Haushalt haben könnte und TOP 6.1 inhaltliche Berührungspunkte zu TOP 6.2 hat, beschließt der Ausschuss die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 vor die Beratung des Tagesordnungspunktes 4 zu setzen.

Im Anschluss wird die Tagesordnung festgestellt.

Die SPD-Fraktion benennt als Berichterstatterin für den Kreistag für die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 Frau Stolz.

Als Tischvorlagen liegen alle Anträge/Anfragen zum Haushalt nochmals aus. **(Anlage 1)**

Herr Rohde führt aus, dass zum Thema „Agenda Inklusion“ die Verwaltung beauftragt wurde, die erarbeiteten Maßnahmen unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Ressourcen sukzessive zu realisieren. In der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 28.08.2014 wurde zugesichert, über Maßnahmen, die die Verwaltung von sich aus in den Haushaltsentwurf einstellt, im Rahmen der Haushaltsberatungen zu informieren. Eine Übersicht über die in den Haushaltsentwurf 2018 eingestellten Maßnahmen des Gesundheitsamtes liegt als Tischvorlage **(Anlage 2)** aus.

<b>Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.09.2017</b>
--

Die Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.09.2017 wird einstimmig genehmigt.

<b>Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung</b>
---

**Aktuelles Heft „Angebote für KITAS 2018“ aus dem Bereich Prävention und Gesundheitsförderung**

Herr Dr. Lange informiert, dass das Ziel der LOTT-JONN Initiative das gesunde Aufwachsen von Kindern im Kreis Mettmann ist.

Hierzu werden Kindertageseinrichtungen mit verschiedenen Maßnahmen zu den Themen Bewegung, Ernährung und seelische Gesundheit unterstützt, um Gesundheitsförderung im Alltag zu verankern.

Das aktuelle Heft „Angebote für Kitas 2018“ fasst Programme, Weiterbildungen und andere Maßnahmen für pädagogische Fachkräfte zusammen und liegt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus.

**Agenda Inklusion**

Herr Schäfer berichtet, dass derzeit eine Abfrage in den Fachbereichen zur Umsetzung der Maßnahmen zur Agenda Inklusion läuft. Im kommenden Jahr wird dem Ausschuss ein Zwischenbericht vorgelegt.

**Sachstand Sprachblume**

Herr Herz weist auf das große Interesse an der im letzten Gesundheitsausschuss vorgestellten App „Sprachblume“ hin. Es liegen bundesweite Anfragen vor.

**Eingliederungshilfe NRW**

Herr Schäfer berichtet, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sicher gesagt werden kann, wer zukünftig Träger der Eingliederungshilfe in NRW sein wird. Im Moment steht der Landschaftsverband Rheinland (LVR) als Kostenträger für Erwachsene zur Diskussion.

Wie unter TOP 1 beschlossen, folgt zunächst die Beratung der Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2.

<b>Zu Punkt 6: Nachträge</b>
------------------------------

<b>Zu Punkt 6.1: Aufklärung Beförderungsangebot für Menschen mit Behinderung des Kreises Mettmann hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 13.11.2017 - Vorlage Nr. 57/008/2017</b>
---

Herr Schäfer erläutert zunächst, dass es sich bei der Form der Informationsweitergabe zum Angebot des Beförderungsdienstes um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt.

Frau Küchler stellt ausführlich den Hintergrund des Antrages dar. Ihrer Fraktion sei von Betroffenen mitgeteilt worden, dass Informationen, z.B. zur Befreiung von der Zuzahlung des Eigenanteils, schwer zu finden seien und sie bittet um eine transparentere Gestaltung.

Herr Schäfer sichert zu, dass im Rahmen der Beratung auf die entsprechenden Angebote hingewiesen wird und die Betroffenen ggf. an den zuständigen Fachbereich verwiesen werden. Es werde nach zusätzlichen Möglichkeiten gesucht, um die Betroffenen mit allen notwendigen Informationen zu versorgen.

Frau Küchler bittet um einen Sachstandsbericht zu gegebener Zeit und zieht den Antrag zurück.

**Beschluss:** zurückgestellt

**Zu Punkt 6.2: Änderung der Richtlinien für den Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderung des Kreises Mettmann  
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 13.11.2017  
- Vorlage Nr. 57/009/2017**

Frau Kückler erläutert den Hintergrund des Antrages und führt aus, dass die aktuelle Situation nicht zufriedenstellend sei.

Herr Schnitzler betont, dass es sich bei der von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderten Teilhabe von behinderten Menschen um eine gleichberechtigte Teilhabe handeln müsse. Für eventuelle behinderungsbedingte Mehrbedarfe müsse die Gesellschaft aufkommen, solche besonderen Bedarfe müssten jedoch auch durch die Betroffenen angezeigt werden. Seine Fraktion wird dem Antrag inhaltlich nicht beitreten, man wolle vielmehr den Evaluationsbericht der Verwaltung abwarten, bevor über weitere Veränderungen nachgedacht wird.

Herr Schäfer führt aus, dass es bislang nur wenige Beschwerden zu dieser Thematik gegeben habe. Er weist darauf hin, dass die Richtlinien für den Beförderungsdienst zuletzt auch seitens der Aufsichtsbehörde überprüft wurden und keine rechtlichen Bedenken bestehen.

Frau Hruschka ergänzt, dass die Thematik im letzten Jahr ausführlich in den politischen Gremien sowie mit den Behindertenverbänden besprochen wurde und schließt sich im Weiteren den Ausführungen von Herrn Schnitzler an.

Herr Lessing gibt an, dass seine Fraktion mit Teilen des Antrages sympathisiere, allerdings auch zunächst den Bericht der Verwaltung abwarten wolle.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt**

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird bei einer Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE. und zwei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

**Zu Punkt 4: Haushalt 2018  
- Vorlage Nr. 20/035/2017**

Einführend erläutert Herr Rohde das Verfahren der Haushaltsberatungen. Grundlage der Haushaltsberatungen bildet der in der Sitzung des Kreistages am 19.10.2017 eingebrachte Haushaltsentwurf 2018.

Wie bereits in den Vorjahren wird für Anträge und Anfragen das bekannte schriftliche Verfahren verwendet.

Alle Anträge/Anfragen liegen nochmals als Tischvorlage (**Anlage 1**) aus.

Der Ausschussvorsitzende ruft nacheinander die einzelnen Produkte auf und lässt über diese abstimmen.

Nach abschließender Vorberatung durch den Fachausschuss erfolgt eine endgültige Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf 2018, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt.

**Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)**  
**Produkte 05.01.01 - 05.06.05**

**05.01.01 (Eingliederungshilfe, Fürsorgestelle, Sprachheilfürsorge)**

Zu diesem Produkt liegt eine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (**laufende Nr. 1 der Anlage 1**) vor.

**Anfrage:**

Mit den neuen Richtlinien für den Beförderungsdienst/Fahrdienst ist sowohl die Zahl der berechtigten Nutzerinnen und Nutzer als auch die maximal zu bezuschussende Kilometerleistung gesenkt worden. Wie viel der aktiven Nutzerinnen und Nutzer des Fahrdienstes haben seit der Änderung der Richtlinien die maximal geförderte Kilometerleistung in Anspruch genommen?

Zur Anfrage teilt die Verwaltung mit, dass bisher 30 Personen und damit weniger als 10 % der aktiven Nutzer/innen die maximal geförderte Kilometerleistung in Anspruch genommen haben.

Zum gleichen Produkt liegt ein Veränderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (**laufende Nummer 2 der Anlage 1**) vor.

**Antrag „Erhöhung der km-Pauschale im Bereich des Beförderungsdienstes für Menschen mit Behinderung“**

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE beantragt die Anpassung der km-Pauschale seitens des Kreises Mettmann an die Fahrdienstbetreiber des Beförderungsdienstes für Menschen mit Behinderung auf den Betrag in Höhe von 1,50 Euro vorzunehmen.

**Begründung:**

Um das Angebot im Bereich des Beförderungsdienstes für Menschen mit Behinderungen zu erhalten und langfristig flächendeckend auszubauen, ist eine kostendeckende Ausgestaltung für die Anbieter unumgänglich. Mit einer Erhöhung der km-Pauschale von derzeit 1,15 Euro auf 1,50 Euro werden die Kosten- und Lohnsteigerungen der letzten 10 Jahre nicht einmal ansatzweise abgedeckt. Dieser Betrag ist jedoch notwendig, um die Leistung zumindest kostendeckend erbringen zu können. Das Angebot des Beförderungsdienstes ist mit einem hohen Zeitaufwand verbunden und setzt zudem soziale Kompetenzen der Fahrer voraus. Zu beachten ist auch, dass sich zwischen gemeinnützigen und privaten Anbietern steuerliche Unterschiede in der Beschaffung der vorzuhaltenden Fahrzeuge ergeben und gemeinnützige Verbände die Bereiche oft mit ehrenamtlich tätigen Fahrern abdecken.

Ausgehend vom aktuellen Stand der Ausgaben im Bereich des Beförderungsdienstes (178.771 Euro), erübrigt sich eine Ansatzserhöhung, da die Mehrkosten mit dem Haushaltsansatz (330.000 Euro) abgedeckt wären.

Frau Küchler erläutert die Hintergründe des Veränderungsantrages.

Herr Schäfer berichtet, dass eine Beteiligung von Fahrdiensten erfolgte und seitens der Verwaltung geplant sei, die Pauschale auf 1,40 € je Kilometer zu erhöhen (Kreiszuschuss 1,10 € zzgl. Eigenanteil 0,30 €). Dies sei im Haushaltsansatz berücksichtigt.

Auf die Anmerkung von Frau Küchler, dass die Dienstleister die Möglichkeit bekommen müssen, kostendeckend arbeiten zu können, führt Herr Schäfer aus, dass ihnen in einem Ende August unter Beteiligung der Kämmerei geführten Gespräch eine Erhöhung der Kilometerpauschale von vormals 1,05 € (Kreiszuschuss 0,85 €, Eigenanteil bis Ende 2016 0,20 €) um insgesamt 33,3% auf 1,40 € als angemessene Anpassung ab 2018 avisiert wurde.

Herr Schnitzler betont, dass es nicht Aufgabe des Ausschusses sei, über Fahrpreise zu reden. Hierbei handele es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Frau Hruschka und Herr Lessing schließen sich dieser Auffassung an.

Frau Küchler erklärt, dass Fahrdienstleister auf ihre Fraktion zugekommen seien, da die Gespräche mit der Verwaltung nicht zufriedenstellend verlaufen seien. Sie möchte, dass die Verwaltung auf die Dienstleister zugeht und weitere Gespräche führt.

**Abstimmungsergebnis zum Veränderungsantrag:**  
**mehrheitlich abgelehnt bei einer Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE.**

### **Abstimmungsergebnis zum Produkt 05.01.01**

**Mehrheitlich angenommen bei einer Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE.**

### **05.04.09 (Behinderung und Ausweis)**

Hierzu liegt ein Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (**laufende Nr. 3 der Anlage 1**) vor.

#### **Antrag:**

Für die Antragsstellerinnen und Antragssteller ist eine möglichst zeitnahe Bearbeitung ihrer Anträge von entscheidender Bedeutung. Die Erhebung der vorgeschlagenen Kennzahlen ist Voraussetzung dafür über angestrebte Ziele hinsichtlich der Bearbeitungszeit entscheiden zu können

Herr Schäfer führt hierzu aus, dass über die Laufzeiten bereits anhand des jährlichen Berichts der Verwaltung in der ersten Ausschusssitzung des Jahres berichtet wird. Frau Haase bittet darum, dass es zu keiner doppelten Berichtspflicht kommt.

**Der Veränderungsantrag wird daraufhin zurückgezogen.**

**Abstimmungsergebnis zum Produkt 05.04.09: einstimmig angenommen**

### **05.05.01 (Behindertenkoordination und beratende Dienste)**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

### **05.05.02 (Frühe Hilfen und Freizeitmaßnahmen bei Behinderung)**

**Hierzu liegen zwei Veränderungsanträge der CDU-Fraktion vor.**

Der Veränderungsantrag der CDU-Fraktion zum **Konzept der interdisziplinären Frühförderung (laufende Nr. 4 der Anlage 1)** lautet wie folgt:

Die Frühförderung als wichtigster Baustein zur Begleitung von behinderten oder von Behinderung bedrohter Kinder ist im Kreis Mettmann vor allem im Bereich der Heilpädagogik gut aufgestellt. Das Förderzentrum des Kreises Mettmann in Velbert nimmt dabei eine besondere Stellung in der interdisziplinären Vernetzung ein. Durch die räumliche Nähe arbeiten erfahrene Therapeuten der verschiedenen Fachdisziplinen (Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie und Heilpädagogik) eng abgestimmt zusammen. Ebenso stellt die Verknüpfung mit der Sprachheilbeauftragten des Kreises in der Einrichtung eine wichtige Beratungsfunktion für Eltern und Therapeuten dar.

Somit hat sich das Förderzentrum des Kreises zu einer Art „interdisziplinärer Frühförderstelle“ entwickelt, was betroffene Familien vor Ort und aus den Städten Heiligenhaus und Wülfrath als große Unterstützung zu schätzen wissen.

Wir stellen uns eine Weiterentwicklung der Frühförderung für betroffene Familien und Kinder im gesamten Kreisgebiet im Sinne der "Rahmenempfehlung zur Umsetzung der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von behinderter bedrohten Kinder, 2016" (Frühförderungsverordnung - FrühV) vor. Daher bitten wir die Verwaltung, ein Konzept zu erstellen, wonach Förder-, Therapie- und Beratungsangebote interdisziplinär aufeinander abgestimmt sind. Ziel ist es räumliche, personelle und sachliche Rahmenbedingungen für die interdisziplinäre Abstimmung der Fachdisziplinen zu gewährleisten und so die Förderung der Kinder optimal zu gestalten.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag mit folgendem geänderten Beschlussvorschlag **einstimmig angenommen:**

**Umwandlung in einen Prüfauftrag (Bericht im Herbst 2018)**

Der Veränderungsantrag der CDU-Fraktion zur **Reduzierung der Wartezeiten bei der Lebenshilfe (laufende Nr. 5 der Anlage 1)** lautet wie folgt:

Nach Sichtung der Antworten und beigefügten Tabellen zu unserer Anfrage im Gesundheitsausschuss vom 11.09.2017 fällt auf, dass immer wieder längere Wartezeiten auf einen heilpädagogischen Frühförderungsplatz bei der Lebenshilfe auftreten. Deshalb bitten wir die Verwal-

tung uns Möglichkeiten zur Reduzierung der Wartezeiten aufzuzeigen, damit für alle Förderkinder im Kreis Mettmann gleiche Versorgung besteht.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag mit folgendem geänderten Beschlussvorschlag **einstimmig angenommen**:

#### **Umwandlung in einen Prüfauftrag (Bericht im Herbst 2018)**

**Abstimmungsergebnis zum Produkt 05.05.02: einstimmig angenommen**

#### **05.06.01 (Einrichtungen für behinderte Erwachsene)**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

#### **05.06.02 (Integrative Kindertagesstätte Velbert)**

Hierzu liegt eine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (laufende Nr. 6 der Anlage 1) vor.

##### **Anfrage:**

Die integrative Tagesstätte Velbert und die heilpädagogische Tagesstätte Ratingen bieten je acht U3-Plätze an.

Wie hoch war die aktuelle Nachfrage nach U3-Plätzen in beiden Einrichtungen im letzten Jahr / wie viele Kinder mussten abgewiesen werden?

In den heilpädagogischen Kindertagesstätten in Mettmann und Langenfeld stehen keine U3-Plätze zur Verfügung. Welche Voraussetzung müssen an diesen Standorten zusätzlich geschaffen werden, damit dort auch U3 Kinder betreut werden könnten?

Herr Schäfer führt aus, dass bei den Produkten 05.06.03 und 05.06.05 redaktioneller Korrekturbedarf bei den Strukturdaten besteht. Die Ausführung zur U3-Betreuung im Produkt der heilpädagogischen Kindertagesstätte in Ratingen gehört zur Einrichtung in Langenfeld. Dort erfolgt diese im inklusiven Teil auf Grundlage des Kinderbildungsgesetzes. Die Steuerung der Versorgung durch KiTa-Plätze im Sinne der Jugendhilfeplanung obliegt den städtischen Jugendämtern. Die Strukturen beim Kreis mit ihren Beratungseinheiten im Gesundheitsamt und dem Amt für Menschen mit Behinderung sorgen dafür, dass auch eine hinreichende Versorgung von Kindern mit Förderbedarf von Geburt an gewährleistet ist.

**Abstimmungsergebnis zum Produkt: einstimmig angenommen**

#### **05.06.03 (Heilpädagogische Tagesstätte Ratingen)**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

#### **05.06.04 (Heilpädagogische Kindertagesstätte Mettmann)**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

#### **05.06.05 (Heilpädagogisch / Integrative Kindertagesstätte des Kreises Mettmann in Langenfeld)**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

#### **Produktbereich 07 (Gesundheitsdienste)**

**Produkte 07.01.01 - 07.03.01**

#### **07.01.01 (Gesundheitsförderung)**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

#### **07.01.02 (Gesundheitsbezogene Hilfen für Eltern, Kinder und Jugendliche)**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**07.01.03 (Psychosoziale Versorgung)**  
**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**07.02.01 (Gesundheitsschutz)**  
**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**07.02.02 (Medizinalaufsicht)**  
**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**07.03.01 (Amts- und sozialärztliche Aufgaben)**  
**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Gesamtabstimmung zum Beschlussvorschlag:**

Der Gesundheitsausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2018 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, den Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**  
**bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE**

<b>Zu Punkt 5:</b>	<b>Landesinitiative Starke Seelen "Seelische Gesundheit für Kinder und Jugendliche im Kreis Mettmann" - Ein Projekt - und dann? - Vorlage Nr. 53/006/2017</b>
--------------------	---

Frau Arnolds stellt zunächst mittels einer Powerpoint Präsentation die im Projekt geleistete Arbeit dar und erläutert ausführlich die Ergebnisse und die Nachhaltigkeit des Projektes. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

Ergänzend führt Herr Dr. Lange aus, dass die im Ausschuss getroffene gesundheitspolitische Entscheidung das Themenfeld psychische Auffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen dauerhaft zu besetzen, sinnvoll war. Es ist festzustellen, dass der Bedarf gravierend fortgeschritten ist und ein stetiger Zuwachs zu verzeichnen ist.

Fraktionsübergreifend wird Frau Arnolds und ihrem Team für die wichtige Arbeit gedankt und festgestellt, dass der Kreis Mettmann in diesem Themenfeld weit führend ist.

Sowohl Frau Hruschka als auch Frau Münnich und Herr Schnitzler machen deutlich, dass sie es für wesentlich halten, dass man an dem derzeit erreichten Punkt nicht stehen bleiben sollte. Aus ihrer Sicht ist erforderlich die Arbeit weiter ausbauen, um auffälligen Kindern und Jugendlichen so früh wie möglich zu helfen und auch präventiv tätig zu werden. Hierzu brauche man Informationen der Verwaltung zum Handlungsbedarf und ggfls. zum Personalbedarf.

Die Verwaltung wird beauftragt bis zum Herbst 2018 ein Rahmenkonzept im Bereich seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen vorzulegen.

Im Anschluss stellt Herr Rohde die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 17:15 Uhr**

gez.  
**Klaus Rohde**

gez.  
**Anja Kirches**